

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 01/2014

Leipzig, den 06. Februar 2014

GEW Sachsen fordert bessere Arbeitsbedingungen an der Berufsakademie und an den Hochschulen

Der Wissenschaftsrat, ein Gremium, das die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung berät, hat am 27. Januar u. a. „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen“ vorgestellt. Aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sachsen kann das Gutachten des Wissenschaftsrates nur als Aufforderung an die Staatsregierung zu schnellen Verbesserungen der monierten unzureichenden Arbeitsbedingungen verstanden werden. Die Berufsakademie Sachsen wird einerseits als zukunftsfähiges Bildungsmodell bewertet, andererseits werden jedoch Verbesserungen angemahnt. So soll „die Anzahl der Stellen für hauptberufliche Dozentinnen und Dozenten so weit erhöht werden, dass eine mindestens 50-prozentige Abdeckung der Lehre durch hauptberufliches Lehrpersonal erreicht wird“, und die Vergütung für hauptberufliche professorale Lehrkräfte soll angehoben werden.

Marco Unger, stellv. Landesvorsitzender der GEW für Hochschule und Forschung: „Die Umsetzung dieser Aufforderung, verlässliche Standards insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist aus Gewerkschaftssicht unabdingbar. Auch die Empfehlung des Wissenschaftsrates, eine verbindliche Mindestvergütung für die dual Studierenden zu etablieren, findet unsere volle Unterstützung.“

Aber nicht nur an den Studienakademien, sondern insbesondere auch an Kunst- und Musikhochschulen ist der Anteil von Lehrbeauftragten - also ohne soziale Absicherung arbeitenden Lehrenden - erschreckend hoch. Selbst um die Universitäten und Fachhochschulen macht die prekäre Beschäftigung keinen Bogen - erst am 24. Januar offenbarte eine vorgestellte Befragung der Mittelbauinitiative unter dem wissenschaftlichen Personal der TU Dresden erneut, dass die überwiegende Mehrheit der Umfrageteilnehmer/innen befristet beschäftigt sind und davon wiederum 42 % mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Auch in einer von der Landesvertretung Akademischer Mittelbau organisierten Veranstaltung am Abend des 27. Januar wurden die Probleme wieder deutlich sichtbar. Dort wurde u. a. darauf hingewiesen, dass der Befristungsanteil an der TU Chemnitz noch höher ist als in Dresden.

„Wir haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die prekäre Beschäftigungssituation vieler unserer Mitglieder an den Hochschulen im Landesvorstand der GEW diskutiert und fordern die Staatsregierung nunmehr auf, die genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Berufsakademie zügig umzusetzen. Für die Hochschulen müssen die verordneten und geplanten Stellenstreichungen ausgesetzt und die Einrichtungen zu guten Arbeitsbedingungen verpflichtet werden“, so Marco Unger.

Nachfragen möglich: 0160 210 3888 (Marco Unger)